

Die neue NATO-Strategie

Jürgen Wagner/Andreas Seifert
Informationsstelle Militarisation Tübingen

1. Einleitung

Mit der Verabschiedung der neuen NATO-Strategie am 24. April 1999 vollzog die NATO eine dramatische Neuformulierung ihrer sicherheitspolitischen Prämissen. Diese kam nicht „aus heiterem Himmel“, sondern ist Ausdruck der gewandelten außenpolitischen Wahrnehmung ihrer Mitgliedsländer nach dem Ende des bipolaren Systems.

Durch die Auflösung des Warschauer Paktes des Feindbildes beraubt, liden die NATO unter Legitimitätsproblemen, sowohl was eine generelle Notwendigkeit des Militärbündnisses anbelangte, wie auch im Bezug auf die einzelnen Länder und deren Streitkräfte, was die Notwendigkeit großer Militärbudgets anbelangt. Diese Faktoren bedingten, daß für die Öffentlichkeit eine Neuorientierung nur step by step erfolgen konnte.

Der erste Schritt hierfür wurde bereits am 7/8 November 1991 in Rom unternommen. Schon damals wurden die primären Bedrohungen nicht mehr ausschließlich in den ehemaligen Warschauer Pakt Staaten gesehen, sondern in der Gefährdung des Zugangs zu Ressourcen, der Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und einer weltweiten Zunahme des Terrorismus. Diese neue Bedrohungsanalyse hatte zur Folge, daß nun auch erstmals Krisenbewältigung als eine Aufgabe der Truppen angesehen wurde, was konsequenterweise ein halbes Jahr später in Oslo seinen Ausdruck in dem Angebot der NATO fand, militärische Maßnahmen aufgrund eines Mandats der KSZE oder der UNO durchzuführen.¹ Am 10/11. Januar 1994 in Brüssel, betonten die Mitglieder der NATO ihre Offenheit für neue Mitglieder und beschlossen das Programm *Partnerschaft für den Frieden*, deren Mitglieder praktisch Kandidatenstatus bekamen.² Ferner wurde dort die Anpassung der Führungsstrukturen der Allianz an die neuen Erfordernisse beschlossen.³ Schließlich erteilten die Staats- und Regierungschefs der NATO auf ihrem Madrider Gipfel im Juli 1997 den Auftrag zur Aktualisierung des strategischen Konzeptes.⁴ Seinen vorläufigen Abschluß fand dieser 1991 begonnene Prozeß mit der Verabschiedung der

neuen NATO-Doktrin, die somit als Abschluß einer kontinuierlichen Weiterentwicklung des NATO-Strategiekonzeptes gesehen werden kann.⁵ Katalysator dieses Prozesses und vor allem in gewisser Weise die Vorwegnahme der Ergebnisse hierzu war der Kosovo-Krieg.⁶

2. Die Kernelemente der NATO-Doktrin

Was sind nun die wichtigsten Elemente dieser neuen Richtlinie?

Wesentlich sind drei Elemente:

- Ausweitung des territorialen Einsatzbereiches der NATO von Nord-Atlantik-Europa auf die ganze Welt
- Einsatzoptionen ohne das Mandat der UNO und damit Aufwertung der eigenen Rolle
- Festschreibung der Ersteinsatz-Option für Nuklearwaffen.

In diesen Punkten bestand weitestgehend⁷ Einigkeit zwischen den wichtigsten NATO-Ländern. Dissens herrschte über die regionale Zuständigkeit. Die USA wollen die NATO zu einem weltweiten Interventionsbündnis ausbauen⁸, Albright plädiert dafür, daß die NATO „eine Kraft des Friedens vom Mittleren Osten bis nach Zentralafrika“⁹ wird und gibt damit ihr Vorstellung des Interessensgebietes klar an. Frankreich will eine Stärkung des europäischen Pfeilers,¹⁰ während Deutschland sich zwar für einen Ausbau der Interventionsfähigkeit ausspricht, aber „lediglich“ in Europa zuständig sein will. Weiterhin ist strittig, ob es eine feste Definition von Interessensphären geben soll. Einig ist man sich aber in dem Wunsch die Interventionsfähigkeit auszubauen. Die strittigen Punkte wurden in der neuen NATO-Strategie ausgespart.

Ihre Sicht der Dinge, wie die Rolle der NATO im Augenblick einzuschätzen ist, und wohin (oder zu was) sie sich vermutlich entwickeln wird, präsentierten zwei Absolventen der Bundeswehrführungsakademie in der renommierten Militärzeitschrift *Soldat und Technik*. In ihrer Analyse zur Rolle der NATO nach Verabschiedung der neuen NATO-Doktrin gehen sie vor allem auf die vage Formulie-

rung „Sicherheit und Stabilität in und für Europa“ ein, die sich im Grundsatzpapier der Strategie finden läßt. Ihrer Ansicht nach „erfordert insbesondere Sicherheit für Europa zunehmend Handlungsbereitschaft und -fähigkeit der NATO auch außerhalb der bisherigen geographischen Reichweite. Den geographischen Handlungsrahmen der Allianz primär auf das Bündnisgebiet zu beschränken entspricht damit kaum den künftigen Anforderungen. Statt dessen muß man der Tatsache Rechnung tragen, daß geographische Entfernung einen immer geringeren Einflußfaktor in der sicherheitspolitischen Risikoanalyse darstellt.“¹¹ Deshalb wird man „letztlich [...] in Zukunft nicht umhinkommen, das Kind auch beim Namen zu nennen - nämlich die globale Wahrnehmung gemeinsamer sicherheitspolitischer Interessen.“¹² Hierzu muß sich eine Wandlung vom „geographischen zum funktionalen Verständnis des Wirkungsbereichs“ vollziehen. Die Erklärung, wie dies vonstatten gehen soll und welche Bedeutung der Kosovo-Krieg in diesem Zusammenhang hatte liefern die Autoren gleich mit: „Diese [Wandlung] muß kann und wird nur graduell erfolgen. Zunächst wird sich der geographische Handlungsrahmen auf die Peripherie Europas ausdehnen. Er wird dadurch an Schärfe und Präzision verlieren und langfristig durch eine funktionale Definition ersetzt werden.“¹³ Die Autoren betonen, daß es nicht darum geht die NATO als Weltpolizisten einzusetzen (dies hätte ja zur Folge, daß man auch bei „unnützen“ humanitären Katastrophen intervenieren müßte), sondern nur der „Aspekt der Wahrung gemeinsamer globaler Interessen ernst“ zu nehmen sei. Dabei wird die Verantwortlichkeit des Sicherheitsrates für ein globale Konfliktverregelung gleich mit abgeschossen, denn dies hat „zwangsläufig Folgen für die Frage der Mandatierung. Einerseits gemeinsame globale Interessen, andererseits aber auf ihre Durchführung zu verzichten, falls der Sicherheitsrat es versagt, ist inkonsequent.“¹⁴

Um die Realisierung dieser neuen Strategie darzustellen ist es nötig auf die Interessen der Kernländer der NATO, namentlich der USA, Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens einzugehen, wobei der „einzigen Supermacht“ USA besondere Aufmerksamkeit zukommen muß. Ohne die Zustimmung der anderen Länder jedoch wäre die neue Strategie kaum verwirklicht worden, weshalb auch deren Entwicklung betrachtet wird.

3. Die strategischen Präferenzen der USA

Prägend für die amerikanische Außenpolitik ist immer noch die Vorstellung von einer Welt, die nicht allen Menschen die Möglichkeit einer Beteiligung am Reichtum des Westens bieten kann. Amerikanische „Think Tanks“ lassen hierzu klipp und klar verlauten, daß in der Zukunft keine neuen Länder am Reichtum der westlicher Gesellschaften partizipieren können. Folglich werden die reichen Staaten im 20. Jhd gezwungen sein ihren Wohlstand gegen die Ärmeren zu verteidigen.¹⁵ Aus dieser Einschätzung heraus

wird erklärbar, warum schon früh der Proliferation von Massenvernichtungsmitteln sowie dem Terrorismus bei der Entwicklung der NATO-Strategie große Bedeutung zugemessen wurde. Ein weiterer Schwerpunkt auf den die US-Strategen noch größeren Wert legen ist die Sicherung der Hegemonie Amerikas in der Welt. Bereits 1992 wurde vom Pentagon hierzu die „Defence Planing Guidance“ formuliert: „Wir müssen versuchen zu verhüten, daß irgend eine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen - unter gefestigter Kontrolle - ausreichen würden, eine Weltmachtposition zu schaffen.“¹⁶ Im September 1993 verkündete Clintons Berater für nationale Sicherheit: „Unsere Interessen und Ideale zwingen uns, nicht nur zu unternehmen, sondern zu führen. Wir müssen Demokratie und Marktwirtschaft in der Welt voranbringen, weil das unsere Interessen¹⁷ und unsere Sicherheit schützt, und Werte sind, die amerikanisch und zugleich universell sind.“¹⁸

Wer nicht wußte mit welchen Mitteln die amerikanischen Interessen verteidigt werden sollen, wurde von Anfang '99 von Albright Berater Friedmann aufgeklärt: „Damit der Globalismus funktioniert, darf sich Amerika nicht scheuen, als die allmächtige Supermacht zu handeln, die es ist. Die unsichtbare Hand des Marktes wird nie ohne die unsichtbare Faust funktionieren. Und es ist die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, daß die Welt für Silicon-Valley Technologien sicher ist, heißt Heer, Luftwaffe, Marine und Marineinfanterie der USA.“¹⁹ Gleichzeitig wurde aber auch klargestellt, daß man seitens den USA keinesfalls gewillt ist sich in der Wahrnehmung eigener Interessen durch den Sicherheitsrat behindern zu lassen. Dies machte Clinton vor der UN-Vollversammlung 1994 deutlich: „Wenn unsere nationalen Sicherheitsinteressen bedroht sind, werden wir handeln -gemeinsam mit anderen, wenn wir können, aber allein, wenn wir müssen. Wir werden auf Demokratie setzen wenn wir können, aber auf Gewalt, wenn wir müssen.“²⁰ Er untermauert damit die Selbstmandatierung der USA und auch der NATO. Deutlich wird dies auch anhand von Aussagen des ehemaligen NATO-Generalsekretär Solana, der selbstsicher formulierte „wir brauchen den UNO-Sicherheitsrat nicht.“²¹

Die „unsichtbare Faust“ war allerdings noch nicht auf diese Aufgabenverschiebung vorbereitet und es wurde als folgerichtig und notwendig angesehen, die Streitkräfte den neuen Erfordernissen anzupassen. Der Vorsitzende des Stabes der US-Streitkräfte legte 1996 ein Papier mit dem Namen Joint Vision 2010 vor, das die Grundgedanken der Reorganisation formulieren sollte. Ein Grundgedanke des Konzeptes heißt, „kleine Einheiten sollen mehr Verantwortung übernehmen.“ Angestrebt wird eine Flexibilisierung der Streitkräfte um künftig überall dort, wo es für die USA von Interesse ist Krisenreaktionskräfte einsetzen zu können. Dies hält man für nötig um die im Papier angestrebte „Full Spectrum Dominance“ gegen staatliche und nichtstaatliche Feinde zu erreichen.²² Für die Verwirkli-

chung dieser, war es bereits 1997 für zwei ehemalige amerikanische Minister Warren Christopher und William Perry ein „strategischer Imperativ“, daß die NATO „zur umfassenden Verteidigung amerikanischer und europäischer Interessen in der Welt“ befähigt wird.²³ Daraus ergibt sich aber logischerweise eine Abwertung der Rolle des Sicherheitsrates als Auftraggeber von Friedensmissionen. Strobe Talbott stellvertretender US-Außenminister verdeutlichte dies am 4.2. '99: „Gleichzeitig müssen wir darauf achten, die NATO keinem anderen internationalen Gremium unterzuordnen. [...] Das Bündnis muß sich das Recht und die Freiheit vorbehalten, immer dann zu handeln, wenn seine Mitglieder es im Konsens für notwendig halten.“²⁴ Die Amerikaner machen aber deutlich, daß Clintons Aussage von 1994, Amerika werde, falls das mit dem Konsens schiefläuft, notfalls allein Maßnahmen zum Schutz seiner Interessen durchführen auch für die Jahre 2000 und darüber hinaus seine Gültigkeit hat.²⁵

Da, wie Albright betont, eine Intervention davon abhängt, „wie strategisch wichtig eine Region ist“²⁶, lohnt es sich einen Blick darauf zu werfen, was die amerikanische Politik als „strategisch wichtige Regionen“ betrachtet und folglich als potentielle Interventionsgebiete angesehen werden muß. Eurasien wird dabei als jenes Gebiet erkannt, in dem die USA als Partner in der NATO eine gewichtige Rolle spielen möchten²⁷. Für das Erreichen der „Full Spectrum Dominance“ „kommt es entscheidend darauf an, wie Amerika mit Eurasien umgeht. [...] Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchstentwickeltesten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Erde gebieten. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, daß die Kontrolle über Eurasien fast automatisch die über Afrika nach sich zöge.“ Deshalb ist „Eurasien mithin das Schachbrett, auf dem der Kampf um die globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.“²⁸ In einer Region also, in der Amerika nur an der Peripherie präsent ist, befinden sich die wichtigsten geopolitischen Dreh- und Angelpunkte, wie auch die meisten geostrategischen Hauptakteure. Hier wird entschieden, ob Rußland seinen Rang als Weltmacht wiedererlangen und China in diesen Status übergehen kann. Beide Länder betreiben eine aktive Geopolitik in der Region und sind, wie im „Quadrennial Defense Review“ erwähnt wird, als mögliche global ebenbürtige Konkurrenten von den USA mit besonderer Aufmerksamkeit zu bedenken.²⁹ In Eurasien selbst kommt vor allem der Ukraine aufgrund ihrer strategischen Lage zu Rußland besondere Bedeutung zu. „Wenn Rußland [...] die Herrschaft über die Ukraine erlangt [...], erlangte Rußland automatisch die Mittel ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden. Verlöre die Ukraine ihre Unabhängigkeit, so hätte das unmittelbare Folgen für Mitteleuropa.“³⁰ Die zweite wichtige Region innerhalb Eurasiens wird in den Ländern Kaukasiens gesehen, und hier insbesondere Aserbaidschan. Hierbei spielen die Ölvorkommen rund um das kaspische Meer, an deren Aus-

beutung sowohl China als auch Rußland großes Interesse haben³¹ eine überragende Rolle. Die dort vorhandenen Ressourcen wären groß genug um Rußland wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig zu stärken, worin auch die Gefahr einer möglichen Wiederbelebung der imperialen Tendenzen Rußland gesehen wird,³² keine schöne Vorstellung für die Hegemonialansprüche der USA. Es das amerikanische Ziel vor allem Rußlands Einfluß in der Region einzudämmen³³ und damit die Bedingungen der eigenen Dominanz zu verbessern. Der schon mehrmals erwähnte Talbott schrieb hierzu 1997: „die Lösung von Konflikten muß unsere Aufgabe Nummer eins in dieser Region sein, [sie] ist die Voraussetzung der Erschließung von Energiequellen.“³⁴ Worauf dies hinausläuft verdeutlichte der Leiter des Central Asia-Caucasus Institut: „Die potentiellen wirtschaftlichen Erträge werden westliche Truppen nach sich ziehen, um bei Bedarf diese Investitionen zu schützen.“³⁵ In der Tat drangen seit Anfang der '90er amerikanische Firmen - oder besser multinationale Konzerne - massiv in diese Region vor und investierten dort erhebliche Beträge.³⁶

Die Wahrung der ökonomischen Interessen im Kaukasus und die damit verbundene Eindämmung Chinas und Rußlands, sowie das große Interesse an der Stabilisierung der post-sowjetischen Länder bildeten somit einen der zentralen Antriebe für die Erstellung eines neuen strategisches Konzept, das in der Lage ist die globale Handlungsfähigkeit Amerikas zu sichern. Diese Lageeinschätzung fand dann auch Eingang in die neuesten offiziellen amerikanischen Strategiepapiere. In dem Bericht „A National Security Strategy for a New Century“, der am 05.01.2000 veröffentlicht wurde, werden zunächst Energieressourcen als eine der vitalen amerikanischen Interessen bezeichnet. Hierzu heißt es dann: „We will do what we must to defend these interests, including, when necessary and appropriate, using our military might unilaterally and decisively.“³⁷ Daß die Kaukasusregionen zum Gebiet vitaler Interessen gehört, daran wird auch kein Zweifel gelassen: „The Caspian Basin, with potential oil reserves of 160 billion barrels, promises to play an increasingly important role in meeting rising energy demand in coming decades.“³⁸ Diese Sätze sind somit der Ausdruck dessen, was als „New Political Economy of Oil“ bezeichnet wird aber in einem breiteren geographischen Rahmen verstanden werden sollte, als das folgende Zitat suggeriert. „For the United States, the politics of oil means preventing both Russia and Iran from gaining the political advantage that would accompany the development of export routes through either country.“³⁹

4. Die Rolle Großbritanniens und Frankreichs

Im Vorfeld der Verabschiedung der Neuen NATO-Doktrin kam es zu gravierenden Neuorientierungen der beiden Länder, die ihren Ausdruck in der Saint-Malo Deklaration vom 4.12.1998 fanden.⁴⁰ Großbritannien hatte es bis dahin, unterstützt von Seiten der USA und der neutralen EU-

Staaten, immer strikt abgelehnt, sich in eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik wie z.B. der WEU zu integrieren.⁴¹ Doch diese Haltung führte im Laufe der 80er und 90er Jahre dazu, daß der Einfluß Großbritanniens kontinuierlich sank und auch seine Vermittlerrolle zwischen den USA einerseits und Frankreich sowie Deutschland andererseits durch immer häufigere direkte Verhandlungen an Gewicht verlor. In dieser Situation war es das Ziel Großbritanniens seinen Einfluß in der EU wieder zu stärken.⁴²

Frankreich hingegen trat seit jeher für einen starke, eigenständige *europäische* Politik und eine *europäische* Komponente innerhalb der NATO ein.⁴³ Zusätzlich machten sie kein Hehl aus ihrem Anliegen, die amerikanischen Vorherrschaft eindämmen zu wollen,⁴⁴ sowie eine Stärkung des Sicherheitsrates zu fordern.⁴⁵ Für Frankreich war das Angebot der britischen Regierung, sich nun stärker in Europa zu engagieren, äußerst verlockend. Der Vertrag von Saint Malo sieht unter anderem eine Eingliederung Großbritanniens in die europäische Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen vor, die Möglichkeit im europäischen Rahmen autonome Militärschläge durchführen zu können und der EU Kapazitäten für strategische Planungen bereitzustellen.⁴⁶ Für Frankreich bot diese Verbindung mit Großbritannien zudem die Möglichkeit, die dominante Rolle in der europäischen Außenpolitik zu übernehmen und Deutschland in seine Schranken zu verweisen.⁴⁷ Aus Sicht der Briten stärkt der Vertrag in erster Linie die NATO, was die Bedenken der Amerikaner gegen die europäische Verteidigungsidentität zerstreuen sollte, wie Charles Grant, der Vorsitzende eines englischen „Think Tanks“ versichert.⁴⁸ Dieser Vertrag ist die Grundlage für die Aufgabe der äußerst skeptischen Position Frankreichs gegenüber der NATO, ohne die eine Realisierung der neuen NATO-Doktrin wohl schwerlich in dieser Form hätte vollzogen werden können.

Das veränderte Bild der beiden Länder hin zu mehr Verantwortung in Europa und in der Welt zeigt sich auch in der „Verantwortungsrhetorik“, die sie während des Kosovo-Krieges pflegten. So sagte zum Beispiel Tony Blair: „Ich will, daß Britannien in Europa zuhause ist, weil Britannien eine führende Macht in Europa ist.“⁴⁹ Sein französischer Kollege zog mit den Worten nach: „Es ist ganz einfach ein Fehler zu behaupten, daß Frankreich sich damit zufrieden gegeben hätte, den Amerikanern zu folgen. Nicht ein einziger Luftschlag ist ohne die Zustimmung Frankreichs durchgeführt worden.“⁵⁰

5. Deutschland und die Neue NATO-Strategie

Schon früh übernahm die Bundesregierung in den verteidigungspolitischen Richtlinien die neue Bedrohungsanalyse. Dort wurden bereits 1992 die wesentlichen Elemente der grundsätzlichen Umorientierung der NATO vom Verteidigungsbündnis hin zu globaler Krisenreaktion festgeschrieben.⁵¹ 1994 schrieb Lothar Rühl, der damalige

Staatssekretär im Verteidigungsministerium im Weißbuch der Bundeswehr: „Landesverteidigung kann nicht länger das Kriterium der Streitkräfte sein, [...] kollektive Verteidigung des Bündnisgebietes in Europa kann nicht mehr die Kernfunktion der NATO bleiben. [...] Die Hauptaufgabe der alliierten Streitkräfte ist die militärische Unterstützung der Krisenbeherrschung und Konfliktverhütung geworden.“⁵²

In einer Broschüre der Bundeswehr heißt es: „Neben der Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung [...] kommen auf das Bündnis heute neue Aufgaben zu. [...] Das politische Signal von Berlin [3.6.'96] lautet: Es gibt eine neue NATO, die sich neuen Herausforderungen stellt, die wahrscheinlichsten Aufgaben in den Vordergrund rückt und dazu ihre Strukturen und Verfahren weiter anpaßt. [...] Die Allianz wappnet sich für die wahrscheinlichsten Herausforderungen: Kooperation mit Nicht-NATO-Staaten, Krisenbewältigung in und für Europa und Sicherheitstransfer.“⁵³

Auch die neue SPD/Grüne-Bundesregierung trug alle entscheidenden Schritte zur Verwirklichung der neuen NATO-Doktrin mit. Sie beweist eindrucksvoll die von ihr vielbeschworene Kontinuität in der Außen- und Sicherheitspolitik. Diese zeigt sich auch in den Bundestagsbeschlüssen zu Militäreinsätzen, der aktiv betriebenen Militarisierung EU-Europas, dem Haushalt 1999 mit der Erhöhung der Militärausgaben, der „Solidarität“ mit den USA während der 3. Golfkrieges und der aktiven Beteiligung bei der Verwirklichung der zentralen Elemente der NATO-Doktrin.⁵⁴ Das Fazit des Kosovo-Krieges und gleichzeitig die Aussage, um was es Deutschland die ganze Zeit ging lieferte Staatssekretär Ischinger: „Deutschland ist aus diesem Krieg [und der Verabschiedung der NATO-Strategie] als Land hervorgegangen, dessen Stimme heute mehr Gewicht hat.“⁵⁵

6. Das Verhältnis EU-USA

Schwierig zu beantworten ist die Frage, in welche Richtung sich die NATO entwickeln wird und wie sich dies dann in der Folge auf das internationale System auswirkt. Hierbei kommt dem Verhältnis zwischen der EU und den USA die entscheidende Bedeutung zu.

Dieses spielt sich zunächst vor dem Hintergrund teils recht ernster ökonomischer Konflikte zwischen diesen beiden Mächten ab, die meistens mit dem Verhältnis Dollar-Euro charakterisiert werden aber auch noch andere Dimensionen berühren.⁵⁶ Dieser Konflikt wird teilweise als so gravierend eingeschätzt, daß es Ansichten gibt, darin eine der Hauptursachen des Kosovo-Krieges zu sehen, da der Krieg als Torpedo gegen den europäischen militärisch-industriellen Komplex benutzt worden sei.⁵⁷ Die Einschätzung, daß der ökonomische Konflikt nachhaltig die Beziehungen belasten wird, wird von großen Teilen der Eliten aber nicht geteilt. Denn „neither the US nor Europe threatens vital or important interests of the other side.“⁵⁸ Dies führt

wohl eher zu einer Allianz der Besitzenden, denn der „most plausible candidate for economic success and global leadership may instead be the transatlantic partnership.“⁵⁹ Auch ist Europa zwar ein mächtiger wirtschaftlicher Konkurrent, aber es wird bezweifelt, daß es in absehbarer Zeit ein Potential entwickeln kann, welches Amerikas Dominanz ernsthaft in Gefahr bringen könnte.⁶⁰ Es gibt sogar Ansichten, daß auf längere Sicht, durch die zunehmende Globalisierung, die Wirtschaft, bei allem Konfliktpotential, eher zu einer transatlantischen Annäherung führt, als zu einer Entfremdung.⁶¹

In Bezug auf ein stärkeres europäisches Gewicht in der NATO und damit an einer globalen Konfliktbewältigung, stellt sich das Verhältnis der USA zu Europa allerdings äußerst ambivalent dar. Die USA machen kein Hehl daraus, daß sie sich sowohl in der Welt, als auch in der NATO als die einzige dominierende Kraft verstehen,⁶² und sie betrachten die Versuche Europas eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungsidentität aufzubauen äußerst skeptisch.⁶³

Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages am 1. Mai 1999 haben sich die europäischen Staaten auf die Entwicklung einer gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik (GASP) festgelegt,⁶⁴ was, wie oben beschrieben, maßgeblich durch die französisch-britische Annäherung von St. Malo ermöglicht wurde. „Die EU wird [hierdurch] die Mittel und Fähigkeiten erhalten, die eigenständige Operationen im Bereich der Krisenbewältigung und Friedenssicherung ermöglichen.“⁶⁵ „If this European defence capability really takes off- and the signs are looking good- it will [...] force the US to take the EU more seriously as a partner.“⁶⁶

Der Hintergrund für die amerikanische Tolerierung einer europäischen GASP, besteht, wie Brzezinski darlegt, in der Ansicht, daß Europa auch weiterhin als „demokratischer Brückenkopf“ für die amerikanischen Interessen in Eurasien von immenser Bedeutung ist.⁶⁷ Eine Verschlechterung der Beziehungen zur EU würde die amerikanischen Einflußmöglichkeiten auf Eurasien extrem schwächen. Huntington schreibt hierzu: „Die Beziehung zu Europa ist entscheidend für den Erfolg der amerikanischen Außenpolitik. [...] Eine gesunde Zusammenarbeit mit Europa ist das beste Gegenmittel gegen die Einsamkeit amerikanischen Hegemoniestrebens.“⁶⁸ Diese Meinungen zur EU fanden auch in den Eingang im neuesten amerikanischen Sicherheitsbericht, dort wird explizit „to build a Europe that is truly integrated, democratic, prosperous and at peace“⁶⁹, als ein zentrales amerikanisches Anliegen erwähnt. Die Unterordnung der zukünftigen Militärstrukturen Europas, bzw. der WEU unter die Führerschaft der NATO hat für Amerika allerdings oberste Priorität. Im ADR heißt es hierzu: “The United States welcomes the NATO-anchored European Security and Defense Identity initiative, aimed at enhancing European capacity to take responsibility for and contribute to

NATO objectives.“⁷⁰ Daß jegliche Abkoppelung von der EU unerwünscht ist, machte auch Verteidigungsminister Cohen unmißverständlich deutlich: „Eine Stärkung des europäischen militärischen Beitrags zur NATO ist hochwillkommen, der Aufbau einer Fähigkeit zu echter europäischer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von der NATO dagegen wird von der USA als Kampfansage verstanden.“⁷¹ Tatsächlich wird zum Beispiel von deutscher Seite betont, daß „darauf zu achten sein [wird], daß europäische Entscheidungsprozesse transparent bleiben und keine Abkoppelung von der NATO beziehungsweise den USA erfolgt.“⁷² Auch Großbritannien und Frankreich haben diesem Prozeß praktisch zugestimmt.⁷³ Somit enthält die GASP Elemente, die den USA weitgehende Einflußmöglichkeiten, wie z.B. ein (praktisches) Veto-recht bei eigenständige Militäraktionen der EU sichern.⁷⁴ Maßgeblich für den Fortgang dieser Entwicklung wird sein, ob die europäischen Staaten bereit sind auf eigene Strukturen insoweit zu verzichten, als daß sie sich unter eine amerikanisch kontrollierte NATO unterordnen müssen und ob die USA im Gegenzug hierfür die Herausbildung eigener europäischer Interessenssphären zugesteht.

Vermutlich wird deshalb die Entwicklung in die Richtung gehen, die NATO-Generalsekretär Robertson als „burden sharing“ bezeichnet hat. Er versteht darunter daß „where NATO as an organization is not engaged, Europe will have the capacity to take the lead. This means that America won't have to become directly involved, through NATO, in every security crisis in the [european] neighbourhood.“⁷⁵ Hiermit wären den amerikanischen Interessen in Eurasien entsprochen, da sie jederzeit die Möglichkeit zum Veto haben bzw. falls für sie vitale Interessen bedroht werden selbst (mit)intervenieren können, ohne jede kostspielige Sicherungsaufgabe selbst übernehmen zu müssen, als auch den Europäern, die hiermit eine beträchtliche Steigerung ihrer globalen Einflußmöglichkeiten erreichen. Dabei dürfte auch die Frage, ob Frankreich für die stärkere Berücksichtigung seiner Interessen in Afrika und im Nahen Osten, wie dies Brzezinski forderte⁷⁶ seine zaghaften Versuche die Kompetenzen des Sicherheitsrates wieder zu stärken, aufzugeben und sich dem Willen der USA unterzuordnen bereit ist.⁷⁷

Damit die Wahrscheinlichkeit eventueller Differenzen reduziert und die Handlungsfähigkeit der NATO gewahrt wird, forderte Cohen, laut Tagesschau konsequenterweise, daß bei zukünftigen NATO-Kriegen der politische Verteidigungsplanungsrat der NATO, der aus den Vertretern der 19 Mitgliedsländern besteht, durch einen kleinen Rat, in dem die bedeutendsten Länder vertreten wären, ersetzt wird.⁷⁸

7 Ambitionen

Wie oben bereits angesprochen enthält die neue NATO-Strategie Elemente einer eigenen Politik, die im Folgenden in ihren unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen

erläutert werden sollen. Kurz vor der Verabschiedung der neuen NATO-Doktrin wurde die *Ost-Erweiterung* unter Dach und Fach gebracht. Am 12 März 1999 wurden Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in das Bündnis aufgenommen.⁷⁹ Daß die Mitgliedschaft in diesem erlauchten Kreis allerdings nicht „für lau“ zu haben ist, sondern nur aufgrund einer drastischen Erhöhung der Rüstungsausgaben, wurde von US-Verteidigungsminister Cohen betont: „Länder, die Mitglieder [in der NATO] werden wollen, dürfen nicht nur Konsumenten sein, sondern müssen auch zur Sicherheit beitragen. Die NATO ist kein Sozialverein, sondern ein militärisches Bündnis.“⁸⁰ Die neuen Mitgliedsländer nahmen sich diese Aufforderung, ihre Streitkräfte NATO-kompatibel zu machen zu Herzen. So beschlossen zum Beispiel Polen⁸¹ und Ungarn⁸² eine drastische Erhöhung des Verteidigungshaushaltes und eine Anpassung der Streitkräfte an NATO-Standards. Hier wird deutlich, daß die Mitgliedschaft in der NATO mit weitreichenden Folgen für die Wirtschaftsstruktur der Kandidaten hat - ebenso für die Nationen, welche die Waffen liefern (bisher Sowjetunion, bzw. Rußland, zukünftig Westeuropa oder die USA) - die NATO-Ost-Erweiterung als Geschäft.

Weiterhin wurde das Programm Partnerschaft für den Frieden intensiviert. Es kam zu enger Kooperationen unter anderem mit den wichtigen geopolitischen Zentren Aserbaidschan und der Ukraine, die es der NATO ermöglichen dort präsent zu sein. Diese Kooperation gibt einen Einblick wohin sich die NATO noch ausdehnen will. So wird zum Beispiel betont, daß, vor die Entscheidung gestellt, entweder ehemalige Sowjetstaaten in das Bündnis zu integrieren und damit Rußland massiv zu brüskieren, oder aber auf eine Erweiterung zu verzichten, ganz klar die erste Option Vorrang hat.⁸³ Der stellvertretende russische Außenminister macht umgekehrt unmißverständlich klar, daß die Aufnahme ehemaliger Gliedstaaten der Sowjetunion für Rußland nicht akzeptabel sei.⁸⁴

Nach der Verabschiedung der neuen NATO-Doktrin, sowie der „Abwicklung“ des Kosovo-Krieges wurde die Marginalisierung Rußlands offensiv und recht unverhohlen betrieben. So äußerte sich zum Beispiel Naumann über seine Vorstellungen von Rußlands Rolle in zukünftigen Konflikten: „Man sollte [...] schon gar nicht jemand an der Stabführung des Krisenmanagements beteiligen, der noch nicht einmal die gleichen Ziele verfolgt wie wir. Und Rußland hatte zu keiner Phase des Konflikts identische Ziele mit der NATO.“⁸⁵ Rußland wird also nachträglich wieder, nachdem man es erst mühsam dort hineingehievt hatte, aus dem Boot geworfen. Dies unterstreicht der Vorsitzende des NATO-Militärausschuss es ausdrücklich: „Wir haben ihnen gezeigt, daß sie keine Chance haben, Interventionen der NATO durch ein Veto Rußlands zu behindern. Und ich hoffe, Moskau hat das verstanden.“⁸⁶ Rußland wird also explizit eine Einspruchsmöglichkeit bei NATO-(Militär)aktionen verweigert und nur dann am

Konfliktmanagement beteiligt, wenn es auch seine Linie der der NATO anpaßt. Keiner hat dies in so schönen Worten dargestellt wie der deutsche Staatssekretär Ischinger: „Rußland hat sich [im Kosovo] selbst marginalisiert, da es vitalen europäischen Interessen nicht entspricht.“⁸⁷

Deutlich wird hierbei, daß das europäische Interesse innerhalb der NATO durchaus mit einem Hegemonialanspruch der USA einhergehen kann. Die sicherheitspolitische Dimension der NATO-Politik wird ergänzt nicht nur durch die energiepolitische die den Europäern wie den Vereinigten Staaten gemein ist, sondern auch durch die ökonomische Dimension. Diese ökonomische Dimension ist eine, die vor allem den westeuropäischen Staaten zugute kommt - als direkte Lieferanten (im militärischen Bereich), wie auch dauerhaft als ökonomisch Dominante über gesamt Osteuropa. Das drohende Damoklesschwert über den Köpfen Osteuropas ist die politische Marginalisierung und Instabilität, wie sie Rußland derzeit erfährt, die man glaubt, einzig durch ein Engagment innerhalb der NATO zu verhindern. Für ein Mitgliedschaft ist man auch bereit einen Teil der gerade gewonnen Autonomie abzutreten.

8. Bibliographie

- Amin, Samir, Stoppt die USA und die NATO! Für eine demokratische polyzentrische Welt, in: Cremer, Ulrich/Lutz, Dieter, S. (Hg.), Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, Hamburg 1999, S. 10-27.
- Annual Defense Report 2000, URL: <http://www.dtic.mil/execsec/adr2000>, eingesehen am 28/03/2000, (zit. als ADR 2000).
- Bergsten, Fred, America and Europe: Clash of Titans?, in: Foreign Affairs, March/April 1999, S. 20-34.
- Brzezinski, Zbigniew, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weilheim/Berlin 1997.
- Bundesministerium der Verteidigung, Bundeswehr heute, 1996 (zit. als Bundeswehr heute 1996)
- Cremer, Uli, Die neue NATO im Kosovo, in: Der NATO-Krieg. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/99, S. 16-36, Hamburg 1999 (zit. als Cremer 1999a).
- Cremer, Uli, Der erste Krieg der neuen NATO, in: Cremer, Ulrich/Lutz, Dieter, S., Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, Hamburg 1999, S. 60-80 (zit. als Cremer 1999b).
- Deppe, Frank, Die Risiken der neuen Weltordnung und die neue NATO-Strategie, in: Junge Welt vom 07/09/1999, URL: <http://www.jungewelt.de/frameset.htm>, eingesehen am 27/03/2000.
- Deutsche Presseagentur, Aufgabenliste, in Bundes-

- wehr: Aktuell, 5/99, S. 3 (zit. als dpa 2000a).
- Fechner, Wolfgang, Die NATO ist kein Sozialverein. Deutliche Worte bei der 35. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, in: Truppenpraxis, Wehrausbildung 4/99, S. 228-230.
- Franco-British summit. Joint declaration on European Defence (Saint-Malo, 4 december 1998), URL: <http://www.info-france.org/news/statmnts/prstmal0.htm>, eingesehen am 19/03/2000 .
- Der Balkan-Krieg der NATO. Wie die beteiligten Akteure kalkulierten. Ein Überblick, in: Gegenstandspunkt 3/99, S. 149-235 (zit. als Gegenstandspunkt 1999).
- Gowan, Peter, The Twisted Road to Kosovo: The Political Origins of the NATO Attack on Yugoslavia, in: Labour Focus on Eastern Europe, 62/99.
- Grant, Charles, From St Malo to Washington, URL: <http://www.worldlink.co.uk/articles/30031999125222/03.htm>, eingesehen am 19/03/2000.
- Ischinger, Wolfgang, Keine Sommerpause der deutschen Außenpolitik. Zwischenbilanz nach dem Kosovo-Krieg in: Internationale Politik 10/99, S. 59-65.
- Joint Vision 2010, URL: <http://131.84.1.34/jv2010/jv2010.pdf>, eingesehen am 27/03/2000 .
- Kuebart, Jan/Maedler, Tilo, Globale Intervention oder Sicherheit in und für Europa. Zur zukünftigen Rolle der NATO. in: Soldat und Technik 6/99, S. 331-335 .
- Lorenz, Hans-Dieter, Ungarns Streitkräfte auf dem Weg zu einer modernen Armee, in: Soldat und Technik 1/00, S. 5.
- Mayer, Leo/ Schmid, Fred, Welt-Sheriff NATO. Weltwirtschaftsordnung und neue NATO-Doktrin, München 1999.
- Moore, Edward, L., A New Political Economy of Oil?, in: Journal of International Affairs, Fall 1999, 53 no. 1, S. 1-29.
- Nassauer, Otfried, Kriege in den Farben Europas, in: Freitag 24/03/2000, S. 5 .
- Naumann, Klaus, Der Gewalt nicht nachgeben. Erfahrungen aus dem Kosovo-Einsatz, in: Truppenpraxis, Wehrausbildung, 11/99, S. 732-742, 799 (zit. als Naumann 1999a).
- Noctiummes, Tanja/Page, Jean-Pierre, Ein imperialistischer Krieg für eine neue Weltordnung, in: Cremer, Ulrich/Lutz, Dieter, S. (Hg.) Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, Hamburg 1999, S. 27-60.
- Nye, Joseph, S., The US and Europe: continental drift?, in: International Affairs 76, 1 (2000), S. 51-59.
- Olcott, Martha, Brill, Central Asia's New States. Independence, Foreign Policy, and Regional Security, Washington 1996.
- Paech, Norman, Neue NATO-Strategie-Neues Völkerrecht?, in: Kotz, Johannes (Hg.), Der gerechte Krieg? Neue NATO-Strategie, Völkerrecht und Westeuropäisierung des Balkans, Bremen 2000, S. 48-107.
- Pflüger, Tobias, Bundeswehr: voll kriegsführungsfähig, in: Konkret 7/2000, S. 24-25
- Pflüger, Tobias, Die neue Bundeswehr. Mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung in den Krieg?, Karlsruhe 1998
- Presse und Infostab, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bundesministerium der Verteidigung, Stichworte für die Öffentlichkeitsarbeit und Truppeninformation. Multinationalität., 1999 (zit. als BMdVg 1999).
- Rippert, Ulrich, Aktuelle Analysen : Europa : Krieg im Kosovo Deutsche Interessen im Krieg gegen Jugoslawien, URL: <http://www.wsw.org/de/1999/jun1999/ich-j18.shtml>, eingesehen am 05/01/2000 .
- Robertson, George, Dinner Speech by Lord Robertson, London 22 March 2000, URL: <http://www.nato.int/docu/speech/2000/s000322b.htm>, eingesehen am 23/03/2000.
- Rupp, Rainer, NATO-Kriegsministertreffen in Toronto. USA setzen Europäer zunehmend unter Druck, in: Junge Welt vom 22/09/2000, URL: <http://www.jungewelt.de/frameset.htm>, eingesehen am 27/03/1999.
- The White House, Office of the Press Secretary, NATIONAL SECURITY STRATEGY FOR A NEW CENTURY (Erstellt im Dezember 1999, veröffentlicht am 05.01.2000), URL: <http://www.pub.whitehouse.gov/uri-res/2R?urn:pdi://oma.eop.gov.us/2000/1/7/1.text.1>, eingesehen am 24/03/2000 (zit. als Security Strategy 2000).
- Voigt, Karsten D., Begründung eines neuen Atlantizismus. Von Partnerschaft zu euroatlantischer Gemeinschaft, in: Internationale Politik 03/2000, S. 3-11, URL: <http://www.dgap.org/IP/ip0003/voigt0300.htm>, eingesehen am 28/03/2000.
- Wolf, Winfried, Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovo-Krieges, Hamburg 1999.
- world socialist webside, WSWS : WSWS/DE : Aktuelle Analysen : Europa : Krieg im Kosovo Die Gründe für den Krieg der NATO gegen Jugoslawien? Weltpolitische Macht, Öl und Gold. Erklärung der Redaktion des World Socialist Web Site 26. Mai 1999, URL: <http://www.wsw.org/de/1999/mai1999/balk-m26.shtml>, eingesehen am 05/01/1999, (zit. als wsw 1999).

Anmerkungen

¹Paech 2000, S. 57ff.

²BMdVg 1999, S. 5.

³ebd.

⁴Paech, 2000, S.49.

⁵ebd., S. 63f.

⁶ebd., S. 49.

⁷hier ist Frankreich auszunehmen, die zumindest bis

- Ende 1998 klar gegen eine Selbstmandatierung der NATO waren, Mayer/Schmid 1999, S. 38f.
- ⁸Kuebart/Maedler 1999, S. 332
- ⁹zit. nach Cremer 1999a, S. 30
- ¹⁰Kuebart/Maedler 1999, S. 331.
- ¹¹ebd. S. 332.
- ¹²ebd.
- ¹³ebd.
- ¹⁴ ebd., S. 335
- ¹⁵Mayer/Schmid, 1999, S. 14.
- ¹⁶zit. nach ebd., S. 22.
- ¹⁷”Important national interests include, for example, regions in which we have a sizable economic stake”, Security Report 2000
- ¹⁸Mayer/Schmid, 1999, S.25.
- ¹⁹zit. nach Amin, 1999, S. 17.
- ²⁰Noctiummes/Page, 1999, S. 37.
- ²¹zit. nach Mayer/Schmid, 1999, S. 38.
- ²²Joint Vision 2010.
- ²³Kuebart/Maedler, 1999, S. 331.
- ²⁴zit. nach Cremer, 1999a, S. 28.
- ²⁵Security Report 2000, ADR 2000.
- ²⁶zit. nach Cremer 1999b, S. 77.
- ²⁷ Natürlich werden in den amerikanischen Strategieberichten auch noch eine Vielzahl anderer strategisch wichtiger Regionen erwähnt (z.B. der persische Golf), es lässt sich aber doch feststellen, daß gerade Eurasien bzw. dem Kaukasus besondere Aufmerksamkeit zukommt, ADR 2000, Security Report 2000
- ²⁸Brzezinski, 1997, S. 55ff.
- ²⁹Mayer/Schmid, 1999, S. 23.
- ³⁰Brzezinski 1997, S. 75.
- ³¹Mayer/Schmid, S. 20, 23.
- ³²Brzezinski, 1997, S. 83.
- ³³Olcott 1996, S. 179.
- ³⁴zit. nach Mayer/Schmid, 1999, S. 22.
- ³⁵zit. nach wsw 1999.
- ³⁶Rippert, 1999.
- ³⁷Security Strategy 2000.
- ³⁸ ebd.
- ³⁹Moore 1999, S. 15.
- ⁴⁰Franco-British summit, 1998.
- ⁴¹Grant, 1999.
- ⁴²Gowan 1999, S. 122.
- ⁴³Brzezinski 1997, S. 102.
- ⁴⁴Nye, 2000, S. 51f.
- ⁴⁵Mayer/Schmid, 1999, S. 38.
- ⁴⁶Franco-British summit 1998.
- ⁴⁷Gowan 1999, S. 123.
- ⁴⁸Grant 1999.
- ⁴⁹zit. nach Gegenstandspunkt 1999, S. 174.
- ⁵⁰zit. nach ebd., S., 188.
- ⁵¹Paech, 2000, S. 59f.
- ⁵²zit. nach ebd, S. 60.
- ⁵³Bundeswehr heute, 1996, S. 29f.
- ⁵⁴für eine ausführliche Darstellung siehe Pflüger 1997, Pflüger 2000
- ⁵⁵Ischinger 1999, S. 59.
- ⁵⁶Bergsten 2000, S. 20-29, Nye 2000, S. 53.
- ⁵⁷Wolf 1999, S. 142ff, Gowan 1999, S. 120ff.
- ⁵⁸Nye 2000, S. 55.
- ⁵⁹Bergsten 1999, S. 34.
- ⁶⁰Brzezinski 1997, S. 114.
- ⁶¹Voigt 2000.
- ⁶²Security Report 2000, ADR 2000.
- ⁶³Grant 1999.
- ⁶⁴BMdVg 1999, S. 6.
- ⁶⁵ebd. S. 6.
- ⁶⁶Grant 1999.
- ⁶⁷Brzezinski 1997, S. 91, 109.
- ⁶⁸zit. nach Deppe 1999.
- ⁶⁹Security Strategy 2000.
- ⁷⁰ADR 2000.
- ⁷¹zit. nach Nassauer 2000, S. 5.
- ⁷²BMdVg 1999, S. 6, siehe auch Voigt 2000.
- ⁷³ Grant 1999.
- ⁷⁴Wolf, 1999, S. 137.
- ⁷⁵Robertson 2000.
- ⁷⁶Brzezinski 1997, S. 285.
- ⁷⁷Rupp 1999.
- ⁷⁸ebd.
- ⁷⁹BMdVg, 1999, S. 6
- ⁸⁰zit. nach Fechner, 1999, S. 228.
- ⁸¹Dpa 2000a, S. 3.
- ⁸²Lorenz 2000, S. 5.
- ⁸³Brzezinski, 1997, S. 175, S. 286 evtl. neuere FN.
- ⁸⁴Fechner, 1999, S. 228.
- ⁸⁵Naumann 1999a, S.736.
- ⁸⁶ebd.
- ⁸⁷Ischinger 1999, S. 64.